

Gegen neue Regeln für AKW

Die von der nationalrätlichen Energiekommission beschlossene Beschränkung der Laufzeit der Kernkraftwerke ist rein politisch motiviert und in keiner Weise nachvollziehbar. Sie bringt keinen Sicherheitsgewinn – im Gegenteil. Die heute geltende Regel der unbefristeten Betriebsbewilligung löst laufende Investitionen in die Sicherheit der Anlagen aus. Die Betreiber wissen: Solange das Kernkraftwerk sicher ist, kann es weiterhin Strom produzieren. Die Beschränkung der Laufzeit hingegen führt für die Betreiber zu wirtschaftlichen Unsicherheiten, ob sich die kontinuierliche sicherheitstechnische Nachrüstung des Kernkraftwerks überhaupt lohnt. Auch ein Regelungsbedarf besteht in keiner Weise. Denn bereits heute kann die Aufsichtsbehörde jederzeit die Abschaltung eines Kernkraftwerks verfügen, wenn die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Der Beschluss der Energiekommission muss vom Nationalrat korrigiert werden.

*Daniel Heller, Präsident Energieforum
Nordwestschweiz, Aarau*

NZZ 12-09-2014

Energiewende und die Fördergelder

Die tragenden Säulen der Energiewende sind die Fördergelder. Mit ihnen lässt sich jede noch so unrentable Massnahme versüssen und zu einem (vermeintlich) wirtschaftlichen Instrument umfunktionieren. Der Denkfehler: Fördergelder sind Gelder, die dem meist ahnungslosen Bürger zuvor aus der Tasche gezogen (oder eben aus der Tasche gefördert) wurden. Der nach Abzug des manchmal beachtlichen Verwaltungsaufwandes übrig bleibende Teil wird ihm zwar später gönnerhaft zurückerstattet. Zumindest wenn er die bürokratischen Umtriebe nicht scheut, wenigstens wieder an einen Teil seines eigenen Geldes zu kommen. Anders gesagt, der Bürger subventioniert sich selbst, beschert sich selbst Mehraufwand und füttert auch noch den Verwaltungsapparat. Dies im Glauben, der die Geldvernichtung kaschierende Geldsegen komme von allen anderen, nur nicht von ihm selbst.

Dieser Kreislauf der Fördergelder ist somit eher einem Leerlauf gleichzusetzen. Er wird mit Halbwahrheiten und fehlenden Informationen – insbesondere mit Blick auf die massiven Folgekosten der Energiewende – am Leben erhalten. Nicht zu reden von den entstehenden Sachzwängen, die ohne eine Planwirtschaft sozialistischer Prägung unlösbar sind. Sofern die Mehrheit des Volkes (im vollen Wissen um die Folgen) das will, ist nichts dagegen einzuwenden. Andernfalls ist die Übung abubrechen. Auch wenn einige Politiker, ein paar Ideologen und die Phalanx der Interessenvertreter mit medialer Unterstützung Zeter und Mordio schreien.

René Weiersmüller, Meilen